
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 18.06.2024

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:12 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtrat Adamek und Herr Ausschussvorsitzender Weber begrüßen um 16:30 Uhr die Mitglieder und Gäste der gemeinsamen Ausschüsse:

- Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung (*FinA),
- Haupt- und Personalausschuss (*HPA),
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität (*BauA)

und stellen die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit:

- **9** anwesenden Mitglieder für den FinA,
- **9** anwesenden Mitglieder für den HPA,
- **8** anwesenden Mitglieder für den BauA

fest. **Herr Stadtrat Adamek** erklärt, dass die Tagesordnungspunkte 1. – 6. gemeinsam mit allen drei Ausschüssen und die Tagesordnungspunkte 7. – 10. nur noch vom FinA und BauA beraten werden. Alle weiter folgenden Tagesordnungspunkte werden nur vom FinA beraten.

Es gab keine Einwände zur ordnungsgemäßen Einladung und/oder der Beschlussfähigkeit.

Herr Ausschussvorsitzender Weber richtet einen ganz persönlichen Gruß an Frau Stadträtin Ehlert, welche heute ihren letzten Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung besucht. Da sie dem neuen Stadtrat leider nicht mehr an-

gehören wird, bedankt er sich für ihr Wirken, ihre Fachkompetenz und ihren jahrelangen Einsatz.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Stadtrat Adamek und Herr Ausschussvorsitzender Weber bitten um Abstimmung der Tagesordnung.

Für den HPA und den BauA werden keine Einwände zur Tagesordnung hervorgebracht.

Für den FinA gibt es einen Änderungsantrag:

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bittet darum, den Tagesordnungspunkt 16.8 (*Ausrichtung der Bundesgartenschau 2025 – Durchführungsbeschluss*) von der Tagesordnung zu nehmen und im nächsten Ausschuss zu behandeln.

Herr H.-P. Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, unterstützt diesen Änderungsantrag. Er bemängelt, dass die Ortschaften in der Beratungsreihenfolge nicht berücksichtigt wurden.

Herr Ausschussvorsitzender Weber stellt den Antrag auf Absetzung des TOP 16.8 zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (02:05:02).

Die Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt.

Die weitere Leitung der gemeinsamen Sitzungen übernimmt **Herr Stadtrat Adamek**.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung:	07:02:00
Haupt- und Personalausschuss:	07:01:00
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität:	08:00:00

3 Einwohnerfragestunde

Herr Stadtrat Adamek informiert, dass ihm schriftliche Fragen eines Einwohners vorliegen.

Der **Bürger** erklärt, dass seine ersten Anfragen den Haupt- und Personalausschuss betreffen.

Frage 1:

Er bemängelt, dass öffentliche Niederschriften vom Haupt- und Personalausschuss im Ratsinformationssystem fehlen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, ist zum Haupt- und Personalausschuss nicht aussagefähig und wird die Anfrage entsprechend weiterleiten.

Frage 2:

Was hat sich seit dem Beschluss des Stadtrates zur Schade-Brauerei ergeben? Ist diese wieder im städtischen Eigentum?

Frau Bürgermeisterin Lohde erklärt, dass die Schade-Brauerei nach wie vor nicht im Eigentum der Stadt ist. Sie bittet den Bürger, diese Anfrage an den Eigentümer zu richten. Sie erklärt, dass keine Investoren gesucht werden.

Frage 3:

In den Wahllokalen gab es Zettel mit abgeschnittenen Ecken. Diese sind angefertigt, um Schablonen anzulegen für Personen mit Sehschwäche oder -behinderung. Das müsste bei allen Zetteln sein, dem war aber nicht so. In den Wahllokalen konnte keiner eine Auskunft dazu geben.

Frau Bürgermeisterin Lohde erklärt, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Der Bürger beginnt nun mit den Anfragen für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität.

Frage 1:

Er fragt, was der Vermieter tun soll, wenn das Grundwasser im Keller in einem Wohnbereich in Zoberberg steigt. Die Grundwasserabsenkungsanlage funktioniert nicht richtig und der Antwort von Frau Bürgermeisterin Lohde entnimmt er, dass der Vermieter soll eine solche vorhalten müsste.

Frau Bürgermeisterin Lohde erklärt, dass die Aussage nicht richtig ist. Eine Absenkung dürfte der Eigentümer gar nicht vornehmen, da diese genehmigungspflichtig ist. Mit ihrer damals getroffenen Aussage meinte sie, dass man als Eigentümer für seine Mieter eine Abstellmöglichkeit bauen könnte. Eine Umsetzbarkeit kann sie nicht beurteilen.

Frage 2:

Wie will die Stadt sicherstellen, dass die Bauprojekte der Bundesgartenschau (BUGA) im finanziellen Rahmen bleiben?

Herr Ausschussvorsitzender Weber berichtet über den letzten Haupt- und Personalausschuss, in welchem er einen Änderungsantrag eingereicht hat, der sehr präzise darstellt, wie die Stadt generell in die Finanzierung der BUGA einsteigt. Der Hinweis, dass wir in den vergangenen Jahren erhebliche Baukostenanstiege in anderen Projekten hatten, ist berechtigt, denn auch heute werden auf der Tagesordnung wieder einige Novellierungen sein. Er erklärt weiterhin, dass man sich darauf verlassen kann, dass die Planmäßigkeit unseres Haushaltes nie gefährdet sein wird.

Frage 3:

Wenn man mit dem Zug in Dessau ankommt, kommt man als erstes in einen baufälligen Bahnhofstunnel, abgehangen mit Netzen, damit der Bauschutt nicht auf die Leute fällt. Ihm ist bewusst, dass dies eine Angelegenheit der Bahn ist. Laut MZ soll dieser Zustand frühestens 2027 behoben werden. Der erste Eindruck ist entscheidend, auch wenn die Leute Dessau wieder verlassen mit dem Zug, ist dies der letzte Eindruck von Dessau. Was gedenkt man zu unternehmen um diesen Zustand schnellstmöglich zu beenden?

Herr Stadtrat Adamek nimmt sich der jüngsten Beantwortung von Frau Bürgermeisterin Lohde an und erklärt, dass dies eine Betreiber-Thematik ist, auf welche nur passiv eingewirkt werden kann und dies ist nach seinem Informationsstand geschehen.

Der Bürger hinterfragt, wie darauf eingewirkt wurde und was unternommen wurden ist von Seiten der Stadt.

Herr Stadtrat Adamek erklärt, dass es Mängelanmeldungen gibt.

Der Bürger richtet nun seine Anfragen an den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung.

Frage 1:

In der Sitzung am 9. April 2024 erklärte er bereits, dass Antworten aus der Sitzung vom 28.08.2023 bis heute nicht eingetroffen sind - auch im Ratsinformationssystem ist keine einzige Spur von den Antworten und den dazugehörigen Fragen. Auch die Frage zu den Arbeitszeiten der 30-Stunden-Kräfte in der Musikschule fehlen.

Herr Ausschussvorsitzender Weber informiert, dass im letzten Haupt- und Personalausschuss durch Herrn Beigeordneten Horváth mitgeteilt wurde, dass die Arbeitsverträge für die Musikschullehrer zum Schuljahresbeginn umgesetzt und vorliegen werden. Vorher konnte selbstverständlich keine Auskunft über die Bürgeranfrage gegeben werden.

Frage 2:

In der MZ stand, dass die Stadt einen Eigenanteil zur BUGA in Höhe von 63 Mio. Euro - Stand heute - zu zahlen hätte. Davon sollen 32 Mio. Euro aus Ticketverkäufen

zurückkommen. Diese Informationen stammen laut MZ von der Bürgermeisterin Frau Lohde.

Herr Ausschussvorsitzender Weber bedauert, dass in der Presse nicht noch einmal umfassend berichtet worden ist. Die Gesamtsumme der Investitionen, die aus der Machbarkeitsstudie erwartet werden, ist allen bekannt. Die Aussage von Frau Bürgermeisterin Lohde, dass die Durchführungskosten, um die 60 Mio. Euro darstellen, haben wir auch beziffert. Ebenso, dass wir uns selbst, als Eigenmittel mit ca. 100 Mio. Euro, alles in allem, mit Investitionen ehrlich bekennen und erklären, dass wir das umsetzen können. Dies ist mit Einzelmaßnahmen unterlegt worden und heute werden wir hier noch mal zu dem Thema beraten. Er plädiert, dass der Bürger den TOP abwartet und glaubt, dass alle Fragen dazu recht gut und transparent beantwortet werden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es liegen keine öffentlichen Anfragen und Informationen vor.

4.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie für den Haupt- und Personalausschuss werden keine Wortmeldungen hervorgebracht.

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität gibt es folgende öffentliche Anfrage:

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erklärt, dass im Stadtteil „Alten“ der Lidl ausgezogen ist. Es kursieren Gerüchte, dass diese Immobile im Eigentum der Stadt Dessau ist und Mieterhöhungen bzw. Preissteigerungen der Grund für den Auszug waren. Er hinterfragt, ob die Gerüchte stimmen, denn dort ist eine wertvolle Kaufhalle verloren gegangen.

Herr Stadtrat Adamek und **Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung**, erklären, dass dies im nichtöffentlichen Teil beantwortet wird. Da der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität laut Tagesordnung

keinen nichtöffentlichen Teil hat, wird diese Frage im nichtöffentlichen Teil des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung beantwortet.

5 Öffentliche Beschlussfassungen

5.1 Raumprogramm für den Ersatzneubau der Förderschule für Geistig-behinderte "Regenbogenschule" Vorlage: BV/063/2024/IV-40

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass eine Beschlussvorlage über ein überarbeitetes Raumprogramm mit einer Nutzfläche von 3.804 m² vorliegt. In ihrer Ausführung konzentriert sie sich nur auf die reine Schulbetriebsfläche und nicht auf die Sporthalle.

In der Beschlussvorlage geht es um ein Raumprogramm über 3.158 m² und es liegt ein Änderungsantrag seitens der SPD-Fraktion mit über 4.500 m² vor. Das ist eine Abweichung von 150 %, welcher sich nicht plausibel begründen lässt. Die Abstimmung hierzu muss logisch und angemessen erfolgen.

Das Raumprogramm, welches vorgelegt und auch abgestimmt ist, wird von der Stadt nach wie vor für angemessen gehalten. Es geht auch darum, eine Schule zu bauen, welche gut betreibbar ist. **Frau Bürgermeisterin Lohde** erklärt, dass sie für gewöhnlich nicht so argumentiert, dass man sparen muss, sondern dass man angemessen und plausibel seine Vorschläge einbringt, begründet und eine gewisse Neutralität mitbringt. Es wurden mehrere Schulen untersucht und man gelangt immer an das gleiche, exemplarische Ergebnis: Die Klassenzimmer sind 60 m² und die Gruppenräume um die 25 m² groß.

Insgesamt muss man sagen, dass die Planung des Raumprogrammes und die verschiedenen Anliegen nicht gut laufen. Sie betont, dass das Raumprogramm, was die Stadt vorschlägt und was versucht wurde zu plausibilisieren, anhand anderer Schulen – aus Sicht der Stadt - angemessen ist. Sie kann sich vorstellen, dass man den Änderungsantrag damit plausibilisiert, in dem man sich an der Schülerprognose von den Jahren 2033-34 orientiert.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragt, ob es zu den von den jetzt empfohlenen, im Zusammenhang auch mit dem Änderungsantrag, anstehenden Fakten eine Abstimmung mit der Schulleitung, mit dem Oberbürgermeister, mit der Elternvertretung, mit dem Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren und mit dem Dezernat für Bauen und Stadtgrün gibt. Bei der konkreten Sachlage, handelt es sich um einen extremen Handlungsbedarf und die Sachentscheidung wird meist hintenangelassen. Der SPD-Fraktion ist wichtig, dass umgehend ein entsprechender Beschluss im Interesse der Sache gefasst wird, um das Problem umgehend zu lösen.

Herr Fricke, Fraktion SDP, erklärt den Änderungsantrag von Seiten der SPD:

1. Erweiterung von 3.484 m² auf 4.501 m² als die reine, lernbezogene Fläche
2. 676 m² als Sporthallenfläche
3. Die Flächenplanung für die Außenanlagenfläche Schule/Sport soll durch die Verwaltung überarbeitet und konkretisiert und sodann in einer gesonderten BV erneut eingebracht werden.

Er erklärt, dass Frau Bürgermeisterin Lohde Wert darauflegt, als Einheit wahrgenommen zu werden und in der Verwaltungsspitze als solche aufzutreten. Dass die Vorlage nur vom Sparwillen getragen ist, ist sein Vorwurf an den Oberbürgermeister. Es ist offensichtlich, dass das Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren und das Dezernat für Bauen und Stadtgrün sich in der Vorlage nicht einig sind.

Zur Flächendifferenz erklärt er, dass in der Verwaltungsvorlage die allgemeinen Unterrichtsräume mit 60 m² und in der Stellungnahme der Schulleitung mit 65 m² angegeben sind. Die dazugehörigen Förderräume sind mit 25 m² respekt. 40 m² vorgesehen. In der Vorlage der Verwaltung sind 6 Lagerräume komplett weggefallen. Des Weiteren gibt es Abweichungen im Bereich der Toilettenanlagen und im Bereich der Aula/Mensa/Bühne/Musikraum.

Er hat dem Änderungsantrag zahlreiche Anlagen beigefügt und daraus erklären sich die Abweichungen, einschließlich des pädagogischen Konzeptes dieser Schule. Dass die Vergleichsschulen, die in der Verwaltungsvorlage angeführt werden, aus vielerlei Gründen im Einzelfall nicht vergleichbar sind, ergibt sich aus der Begründung des Änderungsantrages. Die Voraussetzungen sind teilweise ganz anders, bspw. ist die Anzahl der Rollstuhlfahrer, die Anzahl der schwerstbehinderten Kinder, die Anzahl der Schulbegleiter, die zusätzlich in einer Klasse sitzen, zu der Lehrkraft und eventuell der Sozialarbeiter, viel höher.

Herr Stadtrat Fricke führt weiterhin zu der Beschlussvorlage aus.

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass die Vergleiche nicht an beliebigen, sondern an weiteren Förderschulen stattgefunden haben. An der Stellungnahme des Landesschulamtes stört sie, dass das erste Schulprogramm unterschrieben und gestempelt wurde, und nun eine einzige Seite vorliegt, auf welchem erklärt wird, dass 75 m² für ein Klassenzimmer wünschenswert ist. Sie erklärt des Weiteren, dass sie

empfohlen hat, dem Stadtrat hier nicht vorzugreifen und stellt klar, dass diese Vorlage aus dem Amt für Bildung und Schulentwicklung stammt – nicht aus dem Dezernat für Bauen und Stadtgrün.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erklärt, dass er die Aussage, dass die Anpassungen aufgrund des Sparzwanges des Oberbürgermeisters vorgenommen wurden, grundsätzlich verneint. Die Stadt ist angehalten verwaltungswirtschaftlich zu bauen und genau das setzt der Vorschlag um. Der Raumbedarf wurde anhand von Vergleichswerten ermittelt und schafft damit die Grundlage von wirtschaftlichem Handeln. Zusätzlich schafft diese Vorlage auch Raum für weitere zukünftige Schulbaumaßnahmen.

Gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse stellt **Herr Focke, Fraktion CDU**, einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. Die Sitzung wird für 7 Minuten unterbrochen.

Herr Stadtrat Adamek übergibt kurz die Leitung der Sitzung Herrn Ausschussvorsitzenden Weber und äußert sich zur Beschlussvorlage wie folgt:

Seine Fraktion wird dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Danach wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnisse des Änderungsantrags:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung:	09:00:00
Haupt- und Personalausschuss:	09:00:00
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität:	09:00:00

Der Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen. Daraufhin wird die Beschlussvorlage in geänderter Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung:	09:00:00
Haupt- und Personalausschuss:	09:00:00
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität:	09:00:00

6 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr Stadtrat Adamek schließt die gemeinsame Sitzung um 17:56 Uhr.

7 Weiterführung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität

8 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtrat Adamek führt die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung ab 17:55 Uhr weiter und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit mit je 9 anwesenden Mitgliedern der Ausschüsse gegeben ist.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung: 9:0:0
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität: 9:0:0

9 Öffentliche Beschlussfassungen

9.1 Erweiterung des Maßnahmebeschlusses zur Herstellung des Nachbarschaftsparks in der Gartenstraße als Kostenerhöhung und für die Entwicklungspflege (2024 - 2026)
Vorlage: BV/131/2024/III-67

Herr Stadtrat Adamek bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung: 9:0:0
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität: 9:0:0

10 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr Stadtrat Adamek schließt die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität um 17:57 Uhr.

11 Weiterführung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung

12 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Tagesordnung. Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung. Die TO ist ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

13 Genehmigung der Niederschrift vom 14.05.2024

Zu der Niederschrift vom 14.05.2024 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht. **Herr Ausschussvorsitzender Weber** stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

14 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Es liegen keine Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums vor.

15 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es liegen keine öffentlichen Anfragen und Informationen vor.

15.1 Information zur Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 20 Mio. EUR Vorlage: IV/026/2024/II-20

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

15.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine sonstigen Anfragen und Mitteilungen vor.

16 Öffentliche Beschlussfassungen

16.1 Gründung der Universität Dessau - Grundsatzbeschluss Vorlage: FV/011/2024/StR

Herr Ausschussvorsitzender Weber erklärt, dass diese Beschlussvorlage bereits im Haupt- und Personalausschuss vorberaten wurde. Er weist darauf hin, dass er es bedenklich findet, im öffentlichen Teil nur über die Grundsatzbeschlussfassung abzustimmen.

Herr Beigeordneter Ulrich informiert, dass es zu dieser Fraktionsvorlage einen Änderungsantrag der Verwaltung gibt:

1. Die Gründung der Universität wird beschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten.
2. Die Gründung erfolgt nach Prüfung und Vorliegen der finanziellen, kommunalrechtlichen und Beihilferechtlichen Voraussetzungen.
3. Die in der Machbarkeitsstudie empfohlenen Schritte und der damit verbundene Zeitraum zur Umsetzung des Gründungsprozesses werden umgesetzt.
4. Bis zum 30. September 2024 soll nach Rücksprache mit den Unternehmen der kommunalen Familie die bereits vorbesprochene Finanzierung vertraglich sichergestellt und die in der Machbarkeitsstudie definierte gGmbH gegründet werden

Herr Stadtrat Adamek erklärt, dass Ziel dieser Beschlussvorlage ist, den Systemprozess jetzt nicht zu unterbrechen, sondern fortzuführen. Durch die Machbarkeitsstudie sind wir an einem Punkt, an welchem wir weitere Schritte einleiten müssen und um das tun zu können, brauchen wir diesen Beschluss des Rates. In den nächsten drei Monaten wird die Finanzierung berechnet und dann folgen die Gespräche mit der kommunalen Familie und mit weiteren Partnern.

Herr Stadtrat Adamek erklärt, dass der Änderungsantrag angenommen wird. Zur Änderung des Punktes 1. möchte er folgende Ergänzung aufnehmen:

1. *Die Gründung der Universität wird beschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten.*

Mit der Verantwortung für die fortlaufende Umsetzung wird die am Städtischen Klinikum bestehende Projektgruppe betraut.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich weiterhin zu dieser Fraktionsvorlage aus.

Herr Prof. Dr. Jörg Bagdahn, Hochschule Anhalt, erklärt dass die Aussage, dass die Hochschule Anhalt in diesem Prozess beteiligt und ein Austausch stattgefunden hat, falsch und nicht zutreffend ist. Die Hochschule hat über den inoffiziellen Weg über die Machbarkeitsstudie Kenntnis erlangt.

Er benennt ein paar Zahlen als Randbedingung: Seit 2018 gibt es in Sachsen-Anhalt stark rückläufige Zahlen der Studierenden. Die Zahl der Studienanfänger ist von 9.783 auf 7.718 im letzten Jahr gesunken. Das sind über -20 %. Die Prognosen zeigen keine Veränderung bis 2035. Es gibt aktuell nur eine Hochschule im Land Sachsen-Anhalt, welche keine sinkenden Studierendenzahlen hat – die Hochschule Anhalt. In den letzten Jahren sind sogar die Studierendenzahlen gestiegen; insbesondere hier am Standort in Dessau.

Er stellte mit Entsetzen fest, dass es eklatante Überschneidungen und Kopien der Angebote der Hochschule Anhalt gibt. Die im Konzept genannten Studiengebühren

von 8.5T € sind pro Jahr, im Vergleich zu bundesweiten Angeboten, sehr hoch und liegen deutlich über dem Durchschnitt. Es ergibt sich die Frage, warum jemand einen Studiengang - der ihn 30.000 € kosten soll - investieren sollte, wenn ihm ein exzellentes Ausbildungsangebot an einer staatlich finanzierten Hochschule vorliegt. Die Finanzierung einer privaten Hochschule, mit dem Einsatz von öffentlichen Mitteln, die ein direktes Konkurrenzangebot zur Hochschule Anhalt darstellt, sieht die Hochschule kommunalrechtlich äußerst kritisch und würde in dem Fall einer Zustimmung auch eine rechtliche Prüfung dieses Prozesses durchführen lassen. Dieses Konzept wird vollständig abgelehnt, da dieses in eklatanter Weise in die Schwerpunkte der Hochschule eingreift. Er bedauert, dass die Hochschule nicht mit eingebunden war.

Herr Stadtrat George stellt einen Antrag auf Vertagung, bis der Sachverhalt – ob diese Fraktionsvorlage eine Konkurrenz zur Hochschule Anhalt darstellt – geklärt ist.

Herr Dr. Zagrodnick, Städtisches Klinikum, erklärt, dass die Hochschule Anhalt bzw. Prof. Dr. Koppers von Anfang an mit eingeladen war. Prof. Dr. Koppers hat seine Ideen zu Studiengängen mit eingebracht und selbstverständlich wurde dies berücksichtigt. Er erklärt, dass die Studiengänge Berührungspunkte haben werden, aber Dessau nicht für Konkurrenz, sondern für Kooperation steht.

Die Ausschussmitglieder fragen eine Auszeit an. **Herr Ausschussvorsitzender Weber** beruft eine 10-Minütige Pause ein.

Herr Stadtrat H.-P. Dreibrodt stellt einen weiteren Antrag auf Vertagung.

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung des Antrages auf Vertagung bzw. Rückverweisung in die entsprechenden Ausschüsse von Herrn Stadtrat George.

Abstimmungsergebnis: 3:6:0

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der geänderten Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6:2:1

16.2 Bildung einer Rücklage für Gewinne der Betriebe gewerblicher Art (BgA) der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/128/2024/II-20

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

**16.3 2. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses Sanierung und Modernisierung Wissenschaftliche Bibliothek im Palais Dietrich
Vorlage: BV/047/2024/III-65**

Herr Ausschussvorsitzender Weber bemerkt folgendes: Vom Amt für zentrales Gebäudemanagement waren in kurzer Folge immer wieder - und heute kam aus der Bürgerschaft auch eine Frage zu der Verteuerung all unserer Maßnahmen – immer wieder Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung des FinA. Etwaige Kostenerhöhungen der allgemeinen Baukostenerhöhung scheinen dafür nicht verantwortlich zu sein, sondern hier sind auch scheinbar planerisch etliche Dinge mit zu berücksichtigen.

Frau Bürgermeisterin Lohde präsentiert anhand einer PowerPoint-Präsentation einige Kennziffern zur der Beschlussvorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**16.4 2. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschluss für den Ersatzneubau der Schule für Körperbehinderte "Schule an der Muldaue", 1. Bauabschnitt
Vorlage: BV/083/2024/III-65**

Frau Bürgermeisterin Lohde präsentiert anhand einer PowerPoint-Präsentation einige Kennziffern zur der Beschlussvorlage.

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

16.5 Errichtung einer Behelfsbrücke für die Aufrechterhaltung der Bundesstraße B 184 - Maßnahmebeschluss -

Vorlage: BV/087/2024/III-66

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**16.6 Novellierung Maßnahmebeschluss Ersatzinstandsetzung der Heiz-
zentrale im Haus 1 des Technischen Rathauses, Gustav-Bergt-Straße
3
Vorlage: BV/123/2024/III-65**

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**16.7 Novellierung Maßnahmebeschluss Ersatzinstandsetzung der Heiz-
zentrale im Haus 2 des Technischen Rathauses, Gustav-Bergt-Straße
1
Vorlage: BV/124/2024/III-65**

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**16.8 Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 - Durchführungsbeschluss
Vorlage: BV/100/2024/III**

Herr Ausschussvorsitzender Weber erklärt, dass ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, in welchem die Begründung des bereits geänderten Finanzierungsanteils vorliegt.

Die Mitglieder des Ausschusses tauschen sich umfassend aus.

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der Änderung des Oberbürgermeisters:

Zur Finanzierung der Bundesgartenschau 2035 werden ab 2025 Rückstellungen gebildet. Auf eine Rückstellung für 2024 wird verzichtet. Die Rückstellung umfasst 3 Mio. EUR pro Jahr für den Ergebnishaushalt. Direkt geplante Aufwendungen für die Bundesgartenschau reduzieren den Rückstellungsbetrag. Im Investitionshaushalt werden jährlich 7.5 Mio. EUR für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau abgebildet.

Abstimmungsergebnis: 7:2:0

Herr Ausschussvorsitzender Weber bittet um Abstimmung der geänderten Vorlage.

Die Beschlussvorlage wurde geändert beschlossen.

Herr Ausschussvorsitzender Weber stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Abstimmungsergebnis: 5:2:2

19 Schließung der Sitzung

Herr Ausschussvorsitzender Weber schließt die Sitzung um 20:12 Uhr.

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und
moderne Verwaltung

Schriftführer